

K-3-6 VI Bildung

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	22.03.2021
Tagesordnungspunkt:	4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen- Anhalt

Text

3832 VI Bildung

3833 Mehr Gerechtigkeit und höhere Qualität: darauf kommt es an. Gemeinsam mit allen
3834 Beteiligten wollen wir unsere Bildungslandschaft im Sinne des Lebenslangen
3835 Lernens weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir mit dezentralen
3836 Schulstrukturen die ländlichen Räume stärken.

3837 Kitas, Horte, Schulen, Universitäten und andere Bildungsorte sollen die Werte
3838 unserer pluralistischen Gesellschaft stärker widerspiegeln. Dies sind für uns
3839 Themen wie Demokratieverständnis, Zivilgesellschaft, Diversität,
3840 Digitalisierung, europäische Einigung, Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit. Wir
3841 wollen gute Bildung in jedem Alter und an jedem Bildungsort, denn so befähigen
3842 wir alle, sich zu entfalten, an der Gesellschaft teilzuhaben und sie positiv
3843 mitzugestalten.

3844 Kitas sind der erste Baustein im Bildungssystem

3845 Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen, deren Besuch die Bildungschancen
3846 von Kindern erhöht. Wir haben mit dem neuen Kita-Gesetz (KiFöG) einiges
3847 erreicht, insbesondere die Verbesserung des Personalschlüssels, eine weitere
3848 Entlastung von Familien mit mehreren Kindern und eine spezielle Förderung von
3849 Kitas mit besonderen Bedarfen. Es gibt dennoch weiterhin Defizite, etwa bei der
3850 Berücksichtigung von Ausfallzeiten und Vorbereitungszeiten im Rahmen der
3851 Personalbemessung. Im Bereich des Personals wollen wir insbesondere die
3852 Sonderförderung landesweit ausbauen und die zur Verfügung gestellten Mittel
3853 mindestens verdoppeln.

3854 Um die Arbeit in den Einrichtungen zu unterstützen und die Qualitätsentwicklung
3855 und -sicherung zu befördern, wollen wir die Fachberatung seitens des örtlichen
3856 Trägers der Jugendhilfe künftig im KiFöG als Rechtsanspruch der Einrichtungen
3857 und Träger aufnehmen. Wir sehen die örtlichen Träger der Jugendhilfe hier in der
3858 Pflicht, neben ihrer Aufsichtsfunktion explizit auch als Beratungsinstanz zu
3859 agieren und diese Funktion zu stärken. Zusätzlich wollen wir dafür einen Pool
3860 von Expert*innen aufbauen. Dieser soll Einrichtungen und Träger beraten, unter
3861 Einbezug der einschlägigen Fachbereiche an den Hochschulen im Land. Auch die
3862 Fachberatung durch freie Träger ist auszubauen.

3863 Für einen guten Start in die Schule müssen sprachliche und motorische Defizite
3864 möglichst früh erkannt und behoben werden. Wir wollen eine verbindliche,
3865 qualifizierte Erhebung des Sprachstands bei allen Vierjährigen einführen, damit
3866 gezielte Unterstützungsangebote unterbreitet werden können. Dabei muss die
3867 Mehrsprachigkeit von Kindern berücksichtigt werden. Die frühpädagogische
3868 Förderung beim Übergang von der Kita in die Schule, insbesondere im Bereich der

3869 Sprachförderung, muss ohne Abbruch fortgeführt werden. Die Diagnostik in der
3870 flexiblen Schuleingangsphase (Klasse 1 und 2 können in ein bis drei Jahren
3871 absolviert werden) soll in ihrer Wirksamkeit überprüft und bei Bedarf erweitert
3872 werden. Wir wollen, dass multiprofessionelle Teams in Grundschulen durch
3873 Logopäd*innen, Ergotherapeut*innen und Physiotherapeut*innen unterstützt werden
3874 können.

3875 Wir verstehen Kitas auch als Kinderstuben der Demokratie in denen Kinder bei
3876 allen sie betreffenden Angelegenheiten mitentscheiden und -handeln.
3877 Demokratieverständnis, gelebte Vielfalt, Geschlechtervielfalt und -gerechtigkeit
3878 sowie umweltgerechtes Handeln müssen noch stärker im Alltag der Kitas sowie in
3879 der Ausbildung der Erzieher*innen berücksichtigt werden. Wir wollen die
3880 Einrichtung von Küchen in Kitas, um die Ernährungskompetenz und gesunde
3881 Versorgung zu stärken. Dabei setzen wir uns für regionale Wertschöpfungsketten
3882 und Netzwerke der Unterstützung sowie der lokalen Vernetzung ein. Das Projekt
3883 "Medienkoffer Geschlechtervielfalt" für Kita und Grundschulen, der so genannte
3884 Kitakoffer des Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und
3885 Jugendhilfe wollen wir verstetigen und so ausbauen, dass deutlich mehr
3886 Einrichtungsdavon partizipieren können.

3887 Qualität in Kindertagesstätte und Schule sichern

3888 Unsere Kinder brauchen mehr Erzieher*innen, damit jedes Kind angemessen
3889 gefördert werden kann. Die Ausbildungsanforderungen an die Erzieher*innen
3890 wachsen mit deren Aufgaben. Eine praxisorientierte dreijährige berufliche
3891 Ausbildung (piA) soll kurzfristig die schulische Erzieher*innenausbildung
3892 ablösen. Den kontinuierlichen Wechsel von Theorie und Praxis während der PiA-
3893 Ausbildung begrüßen wir ausdrücklich. Die Ausbildung ist angemessen zu vergüten.
3894 Bildung für nachhaltige Entwicklung soll Bestandteil der
3895 Erzieher*innenausbildung werden. Eine Offensive für den Ausbau von pädagogischen
3896 Studiengängen und die Weiterqualifizierung in der Frühpädagogik an den
3897 Hochschulen ist dringend notwendig. Die Ausbildung mit integrierter Praxis, die
3898 das Land mit Bundesmitteln aus dem Gute-Kita-Gesetz fördert, muss unabhängig von
3899 der Zukunft dieser Gelder dauerhaft angeboten und ausgebaut werden.

3900 Wir wollen eine Bezahlung der Erzieher*innen, die der gestiegenen Qualifikation
3901 entspricht, sowie die Zeiten der Vor- und Nachbereitung berücksichtigt.

3902 Durch das Konzept der Ganztagschulen erhält die pädagogische Arbeit an den
3903 Schulen eine stärkere Bedeutung. Gerade im Grundschulbereich muss das
3904 entsprechende Angebot ausgebaut werden, wobei die Horte stärker in das
3905 Gesamtkonzept integriert werden müssen. Die Zuständigkeit für die Horte wollen
3906 wir langfristig im Bildungsressort ansiedeln, um ein Ganztagsschulsystem in
3907 Sachsen-Anhalt zu etablieren. Dieses Ressort hat im Sinne der ganzheitlichen
3908 Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen die Komponente der
3909 Sozialarbeit in seine Arbeit zu integrieren.

3910 Qualitätsstandards an Schulen, Horten und vorschulischen Bildungseinrichtungen
3911 sollen deshalb sowohl die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg als auch
3912 die materielle und personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen.
3913 Multiprofessionelle Teams, gut ausgebildetes Personal, verbesserte
3914 Fortbildungsangebote und inklusive Bildungskonzepte sind unsere Eckpfeiler für

3915 Qualitätsstandards. Eltern sollen anhand dieser Konzepte verschiedene
3916 Bildungsangebote vergleichen und informiert entscheiden können.

3917 Kurze Beine, kurze Wege, lokale Lösungen

3918 Jede lokale Situation ist anders. Daher kann direkt vor Ort am besten geplant
3919 werden, welche Schulformen oder Verbünde von Schulen es geben soll und wie der
3920 Unterricht organisiert wird. Wir wollen kommunale Bildungslandschaften, in denen
3921 alle Angebote und Ideen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport,
3922 Kultur, Politik und Verwaltung zusammengeführt sind. Schulgebäude müssen
3923 multifunktionaler ausgelegt werden. Auch Vereins- und Gemeindearbeit kann in
3924 Schulen angeboten werden. Auf dieser Grundlage wollen wir Schulen zu zentralen
3925 Orten der Gemeinden entwickeln, so dass Schüler*innen direkt in die Vereins- und
3926 Gemeindearbeit einsteigen können. Derartige Konzepte müssen in den Kommunen
3927 ausgearbeitet und umgesetzt und bei Schulneubauten bereits in den Planungen
3928 berücksichtigt werden. Sie geben mehr jungen Menschen Chancen, beugen der
3929 Abwanderung vor und befördern die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem zeigt
3930 besonders die Corona-Pandemie, dass kleinere, dezentrale Einheiten neben
3931 pädagogischen auch anderen wichtigen Vorteilen haben. Bürger*innen, Schulträger
3932 und Gemeinden vor Ort benötigen von der Landesregierung erheblich mehr
3933 Gestaltungsspielraum. Mindestgrößen für Schulen und Klassen sind der falsche
3934 Weg.

3935 Längeres gemeinsames Lernen wird durch die Gemeinschaftsschule ermöglicht. Es
3936 kann insbesondere auch durch Verbünde von Grundschulen mit anderen Schulen
3937 realisiert werden, wobei alle Schulabschlüsse, vom Sekundarschulabschluss bis
3938 zum Abitur, ermöglicht werden müssen. Ganztägiger Unterricht fördert gezielt
3939 besondere Fähigkeiten, einschließlich musischer und sportlicher, gleicht
3940 Schwächen aus und schließt Wissenslücken. Derartige Angebote wollen wir zum
3941 Standard machen, sodass unsere Kinder von der Schule aus die ganze Welt erleben
3942 können.

3943 Auch die Wege zu den weiterführenden Schulen sind zu lang. Ein dichtes und
3944 bedarfsgerechtes Netz von ganztägigen Gemeinschaftsschulen soll entstehen und so
3945 zu kurzen Schulwegen führen. Auch freie Schulen unterstützen wir bei der
3946 Umwandlung in Gemeinschaftsschulen. Die Übergangsregelungen für
3947 Ersatzschulträger sollen dazu entfallen. Zudem sind die im Ganztagsschulbetrieb
3948 anfallenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten für staatliche und auch für
3949 freie Schulen durch das Land zu finanzieren.

3950 Fördern statt Sitzenbleiben

3951 Wir wollen in den Grundschulen eine flexible, kindgerechte, jahrgangsgemischte
3952 Schuleingangsphase gestalten, die je nach Entwicklungsstand und
3953 Lerngeschwindigkeit eines Kindes ein bis drei Jahre dauern kann. Mit gezieltem
3954 Unterricht zum Schließen von Lücken soll das kostspielige und sinnlose
3955 Sitzenbleiben abgelöst werden. Studien zeigen: Rückstellungen beim Schuleintritt
3956 und Sitzenbleiben fördern die Lernentwicklung nicht, sondern legen den Kindern
3957 weitere Steine in den Weg. Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell
3958 eingeht und das Lernen voneinander ermöglicht, soll die Leistungsstarken ebenso
3959 wie die Leistungsschwachen fördern. Zu dieser Lernkultur gehört auch,
3960 Leistungsbewertungen zu verändern. Noten sind nicht neutral und daher nicht zum

3961 Leistungsvergleich geeignet. Daher setzen wir uns für neue Formen der
3962 Leistungsbewertung ein. Auch soll der fächerübergreifende Unterricht mit fest
3963 zugewiesenen Stunden im Stundenkontingent jeder Schulform verankert sein.
3964 Fächerübergreifender Unterricht und damit das Aufbrechen der Fachgrenzen
3965 befähigt Schülerinnen und Schüler zu mehr Selbstorganisation.

3966 Der Umgang mit Kindern, die ohne Deutschkenntnisse an die Schulen kommen, muss
3967 dringend professionalisiert werden. Die anfänglichen Sprachbarrieren wollen wir
3968 mit individueller Förderung abbauen. Wir wollen, dass Arbeitsmaterialien in
3969 deutscher Sprache und der Muttersprache sowie der anfängliche Einsatz von
3970 Dolmetscher*innen finanziert werden.

3971 Länger gemeinsam lernen

3972 Um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen und allen Kindern eine Bildungschance zu
3973 geben, wollen wir das viel zu frühe Sortieren der Kinder nach der vierten Klasse
3974 beenden, da dieses stark durch den sozialen Hintergrund bestimmt ist. Dazu
3975 wollen wir das Angebot einer zehn- bis dreizehnjährigen gemeinsamen Lernzeit in
3976 der Gemeinschaftsschule schaffen. Als Weg dorthin begreifen wir auch Verbünde
3977 von Schulen. Dazu soll die Verordnung der Schulentwicklungsplanung so geändert
3978 werden, dass an Gemeinschaftsschulen wirkliche gymnasiale Oberstufen entstehen
3979 können. Wir wollen die Gemeinschaftsschule dauerhaft als attraktive zweite Säule
3980 neben dem Gymnasium etablieren. Weiterhin fordern wir die Weiterentwicklung des
3981 Gymnasiums zum ganztägigen Lernen, zu verbindlichem offenen Unterricht, zu
3982 Inklusion und zur Arbeit mit multiprofessionellen Teams.

3983 Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Deshalb
3984 wollen wir Lernmittel ab der 1. Klasse sowie die Schüler*innenbeförderung bis
3985 zum Ende der Schulzeit kostenfrei gewähren. Bildungsgerechtigkeit muss auch beim
3986 Erwerb von Medienkompetenz hergestellt werden. Schwimmunterricht und
3987 Fahrradtraining sind an allen Grundschulen zu realisieren. Für alle Kinder und
3988 Jugendlichen wollen wir ein gesundes regionales Essen in Kitas, Horten und
3989 Schulen anbieten, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen soll dies
3990 kostenlos sein.

3991 Wir wollen einen für alle verpflichtenden Werteunterricht einführen.
3992 Konfessionell gebundene und nichtreligiöse Kinder sollen gemeinsam über Werte,
3993 Normen, Religionen und deren Ausprägung diskutieren. Dies sehen wir gerade in
3994 einer zunehmend diversen Gesellschaft als nötig an. Zudem wird es immer
3995 schwieriger, allen Religionsgemeinschaften einen eigenen Religionsunterricht
3996 anzubieten, ohne dabei andere zu benachteiligen.

3997 Schulautonomie entwickeln

3998 Gute Schulen benötigen mehr eigene Gestaltungsspielräume. Jede Schule soll
3999 unabhängig von ihrer Trägerschaft pro Schuljahr je Schüler*in einen festen
4000 Finanzbeitrag erhalten. Damit soll die Schule selbstständig arbeiten können,
4001 sofern sie sich im Gegenzug verpflichtet, allen Kindern einen unentgeltlichen
4002 Zugang zu gewähren. Die Schulleitung soll mehr Verantwortung und Mitspracherecht
4003 bei der Stellenbesetzung bekommen. Die Schulen bestimmen dann selbst über
4004 Personen und pädagogische Konzepte und darüber, wie viel Geld in Lehrmittel oder
4005 in Personal investiert wird. Gleichzeitig muss das pädagogische Personal von

4006 Verwaltungsarbeit entlastet werden. Die Verantwortung der Schulleiter*innen
4007 wächst. Sie müssen daher durch einen entsprechenden Aufbaustudiengang
4008 unterstützt werden. Freie Schulen müssen allen Kindern unentgeltlich
4009 offenstehen. Wir wollen unter dieser Bedingung die freien Schulen den
4010 staatlichen Schulen finanziell gleichstellen und diese nicht mehr von
4011 zusätzlichen EU- und Bundesmitteln ausschließen.

4012 Schulen an sozialen Brennpunkten sollen zu Schwerpunktschulen entwickelt werden,
4013 um ihre Herausforderungen besser zu meistern. Hier müssen Bedingungen geschaffen
4014 werden, die eine ausgleichende Entwicklung ermöglichen. Dafür müssen ausreichend
4015 Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, z.B. eine überdurchschnittlich gute
4016 Personal- und Sachmittelausstattung, für Sprachförderung, für das ganztägige
4017 Lernen und für außerschulische Lernorte.

4018 Inklusion ermöglichen

4019 Wir erwarten die konsequente Umsetzung der zum 1. Januar 2009 in Kraft
4020 getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie
4021 führt zu einer schrittweisen Auflösung von Förderschulen. Die Förderangebote
4022 sollen an allgemeinbildende Schulen verlagert werden. Inklusion im Unterricht
4023 bereitet Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr
4024 Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Schule vor und verbessert
4025 ihre Lebensqualität. Die Eltern von Kindern mit Förderbedarf wollen wir mit
4026 besseren Informations- und Beratungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig
4027 sollen alle Kinder einen unbefangenen und rücksichtsvollen Umgang mit Menschen
4028 mit Behinderung erlernen und erfahren. Bis zu dieser vollständigen Umgestaltung
4029 wollen wir die Förderschulen unterstützen. Wir wollen sicherstellen, dass die
4030 Lern- und Aufenthaltsbedingungen an auslaufenden Förderschulen angemessen sind
4031 und jedes Kind optimale Förderung erfährt.

4032 Bei der Einführung von Schulkonzepten mit Inklusion wollen wir die Schulen nicht
4033 allein lassen. Unterricht mit Inklusion erfordert gute Vorbereitung. Die
4034 Betreuung an den allgemeinbildenden Schulen muss mit mehr gut qualifiziertem und
4035 sensibilisiertem Personal erfolgen. Die für die Förderschulen bisher
4036 aufgewendeten Finanzmittel und Personalstellen wollen wir dafür umverteilen. Die
4037 baulichen, sächlichen und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für den
4038 Schulbesuch mit Inklusion sind an vielen Orten noch zu schaffen. An den
4039 Grundschulen muss es mehr inklusive Horte geben, die von Schüler*innen mit und
4040 ohne Behinderung gemeinsam besucht werden können. Es ist zu prüfen, in welchen
4041 Fällen spezialisierte Förderklassen an Regelschulen für besonders schwere
4042 Behinderungen sinnvoll sind. An allen allgemeinbildenden und berufsbildenden
4043 Schulen sollen solche Förderschulklassen angegliedert werden können.

4044 Demokratie lernen, Gemeinsinn stärken

4045 Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier
4046 entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen Umgang
4047 miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Damit Schüler*innen
4048 ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln, müssen fünf Voraussetzungen
4049 gegeben sein: Anerkennung der individuellen Persönlichkeit, Beteiligung an
4050 Organisation von Schulveranstaltungen und Gestaltung von Unterricht, gelebte
4051 Demokratie im Schulalltag sowie vielfältiger Sozialkundeunterricht. Letzterer

4052 sollte bereits ab der 5. Klasse beginnen. Denn Sozialkundeunterricht soll die
4053 persönlich-politische Meinungsbildung stärken. Dazu müssen Material- und
4054 Schulungsangebote sowie Bildungspläne angepasst werden, in denen die Europäische
4055 Union ein Querschnittsthema darstellen soll. In den Lehrplänen soll die deutsche
4056 Kolonial- und Migrationsgeschichte sowie deren eurozentristische Perspektive
4057 aufgearbeitet werden. Auch in der Landeszentrale für politische Bildung soll die
4058 europäische Dimension eine größere Bedeutung erhalten.

4059 Jungen Menschen muss freiwilliges gesellschaftliches Engagement außerhalb der
4060 Schule ermöglicht werden. Wir prüfen Freistellungsmöglichkeiten und wollen
4061 entsprechende Angebote fördern. Das Engagement in der Schülervertretungsarbeit
4062 soll gefördert werden. Fehlzeiten, die in Zusammenhang mit der
4063 Schülervertretungsarbeit entstehen, sollen nicht mehr auf dem Zeugnis angezeigt
4064 werden.

4065 Das Demokratieverständnis und den Gemeinsinn an Schulen wollen wir stärken,
4066 indem wir mehr einfache und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen
4067 wollen. Dazu gehört eine gleichberechtigte Teilnahme von Eltern, Schüler*innen,
4068 Lehrer*innen sowie eine Mitwirkung der sonstigen Angestellten (Drittelparität-
4069 Plus) in der Schulkonferenz. Weiterhin ist uns wichtig, das soziale Miteinander
4070 zu stärken, Streitschlichtungsgruppen in den Schulen aufzubauen und die Anti-
4071 Gewalt-Arbeit fortzuführen. Dazu gehört auch eine aktive Arbeit gegen Sexismus,
4072 Trans- und Homophobie sowie Rassismus. Wir fordern zudem die Möglichkeit, auch
4073 einen gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt im Abitur auf erhöhtem
4074 Anforderungsniveau zu belegen.

4075 Wir wollen die Schulen weit stärker dazu anregen und ausstatten, für alle
4076 Schüler*innen ein Ort ohne Diskriminierung, Sexismus, Schikanieren und
4077 Gewalterfahrung zu sein. Mobbing ist eine leidvolle Erfahrung für viele
4078 Schüler*innen, die nicht mit dem Schulklingeln endet. Sie setzt sich digital
4079 auch in der Freizeit fort. Dauerhafte psychische Erkrankungen, Schulverweigerung
4080 bis hin zu Selbstmord können Folgen von Mobbing sein. An allen Schulen müssen
4081 daher demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing-Projekte sowie Programme zur
4082 Gewalt- und Suchtprävention ermöglicht werden. Damit sollen Kinder und
4083 Jugendliche soziale, ethische und demokratische Kompetenzen zur
4084 Persönlichkeitsbildung sowie zur gewaltfreien Kommunikation und gendersensiblen
4085 Sprache erwerben. Dabei müssen kulturelle Vielfalt, Geschlechtervielfalt sowie
4086 sexuelle Orientierungen berücksichtigt und queere Peer-to-Peer-
4087 Schulaufklärungsarbeit nach dem Vorbild der SCHLAU-Gruppen in NRW und
4088 Niedersachsen ausgebaut werden. Sanitär- und Umkleideorte müssen sichere Orte
4089 für trans*, intergeschlechtliche und nichtbinäre Schüler*innen sein.

4090 Wir wollen einen landesweiten "Anti-Mobbing-Tag" ins Leben rufen, wie im Kapitel
4091 „Kinder und Jugendliche“ beschrieben. Weiterhin sollen
4092 Antidiskriminierungsrichtlinien für Schulen erarbeitet. Wir unterstützen das
4093 deutschlandweite Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage".

4094 Schulsozialarbeit ausbauen

4095 Schulsozialarbeit und damit die Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe muss ein
4096 fester Bestandteil von Schule werden. Wir wollen ein unbefristetes
4097 Landesprogramm Schulsozialarbeit unter kommunaler Beteiligung und Steuerung. Die
4098 Finanzierung des Landesprogrammes muss das Land Sachsen-Anhalt übernehmen.

4099 Die Schulsozialarbeit muss an allen Schulen und Schulformen ausgebaut werden,
4100 deshalb wollen wir den Erhalt der vierzehn regionalen Netzwerkstellen und der
4101 landesweiten Koordinierungsstelle für Schulsozialarbeit. Dazu gehört auch die
4102 regelmäßige Evaluation und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit. Um einen
4103 besseren Informationsstand für soziale Probleme zu erreichen, wollen wir nach
4104 Hamburger Vorbild einen Sozialindex für unsere Schulen erheben. Die
4105 sozialpädagogische Kompetenz muss stärker in multiprofessionelle Teams in den
4106 Schulen eingebunden werden. Ein Mitspracherecht der Schulsozialarbeiter*innen in
4107 der Selbstverwaltung der Schulen, der Schulkonferenz, ist zu schaffen.

4108 In Umwelt- und Lebensfragen (weiter)bilden

4109 Unsere Umwelt bestimmt unsere Zukunft. Kinder und Jugendliche müssen für
4110 wissenschaftliche und politische Fragen altersgerecht sensibilisiert werden. Zu
4111 den Themen gehören Klima- und Umweltschutz, Naturschutz, Kulturlandschaften,
4112 fairer Handel, Globalisierung, Nachhaltigkeit, Ernährung und
4113 Verbraucher*innenschutz und Verkehrserziehung. Sachsen-Anhalt braucht ein
4114 inhaltlich neues Lehrplan- und Bildungskonzept, das Zusammenhänge der
4115 Lebenswissenschaften stärker in den Mittelpunkt stellt und erfahrbar macht.
4116 Diese Umweltthemen im weitesten Sinne sind durch Unterricht zu
4117 fächerübergreifenden Lernfeldern, insbesondere der Fächer Biologie, Chemie,
4118 Sozialkunde und Ethik, stärker zu berücksichtigen. Die Ökoschulen,
4119 Umweltbildungszentren und Ökologiestationen des Landes Sachsen-Anhalt leisten
4120 einen wichtigen Beitrag zur Umweltbildung.

4121 Wir wollen die die stringente Umsetzung der Empfehlungen und Zielvorgaben des
4122 „nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Diese müssen in
4123 politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Bildungsbereiche sowie in
4124 möglichst allen Förderprogrammen des Landes verankert werden. Dazu wollen wir
4125 geeignete Strukturen fördern und etablieren, etwa eine landesweite
4126 Koordinierungsstelle zum Austausch der Akteur*innen und zur Qualitätssicherung.
4127 Sachsen-Anhalt braucht dafür eine landesweite Internetplattform. Die Fridays-
4128 for-Future-Bewegung, die Ergebnisse des Jugendklimagipfels sowie künftige
4129 Entwicklungen müssen in den Schulen stärker thematisiert werden.

4130 Homo- und Trans*-phobie sowie Geschlechterstereotypen von 4131 Anfang an entgegentreten

4132 Schon in der Kita und im Unterricht müssen unterschiedliche sexuelle
4133 Orientierungen und geschlechtliche Identitäten als selbstverständliche
4134 Lebensweisen vermittelt werden. Leitbild und Ziel der schulischen und
4135 außerschulischen Bildung ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der
4136 eigenen sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität. Jugendlichen muss ein
4137 Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne körperliche oder verbale Gewalt zu
4138 befürchten. Dazu wollen wir LSBTIQ*-Ansprechpersonen an den Schulen etablieren.
4139 Sexuelle, geschlechtliche und gender- Vielfalt wollen wir zu einem festen
4140 Bestandteil der Erzieher*innen- Ausbildung machen. Die Aus- und Fortbildungen
4141 sollen für Lehrer*innen und sozialpädagogische Fachkräfte sollen verpflichtend
4142 so gestaltet werden, dass sie befähigt werden, unterschiedliche sexuelle,
4143 geschlechtliche und gender- Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen zu
4144 vermitteln und wertneutral zu behandeln, sowie Geschlechterstereotypen zu

4145 erkennen und diesen entgegenzuwirken. Wir werden einen Bildungsplan mit
4146 Maßnahmen für Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ* auf den Weg bringen.

4147 Alle Lehrmittel müssen entsprechend geeignet sein und die reale Vielfalt
4148 fächerübergreifend umfassend darstellen.

4149 Digitale Lehrmittel und ihre Didaktik auf den Weg bringen

4150 Der kompetente Einsatz und Ausbau von digitalen Techniken (E-Learning) muss
4151 angesichts der Erfahrungen in der Corona-Pandemie forciert und flächendeckend
4152 vorangebracht werden. Die notwendigen Voraussetzungen an Hardware und Software
4153 müssen geschaffen werden. Daneben soll auch der didaktisch sinnvolle Einsatz
4154 dieser Lehrmittel durch umfangreiche Fortbildung und Beratung sowie
4155 entsprechende Schulungen in der Lehramtsausbildung sichergestellt werden. Der
4156 Zugang der Schüler*innen zum digitalen Lernen darf nicht mehr von den
4157 Möglichkeiten, die die Eltern bieten können, abhängig sein. Wichtig ist auch,
4158 eine funktionierende, datensichere Programm-Plattform auf Landesebene zu
4159 erstellen. Diese sollte Instrumente zur interaktiven Unterrichtsgestaltung und
4160 für Teleunterricht enthalten.

4161 Für die Schulen wollen wir gezielte Beratung und Unterstützung bei der
4162 Medienentwicklungsplanung und bei der Beantragung von Projektmitteln schaffen.
4163 Die Mittel des Digital-Pakts müssen transparent und zügig vergeben werden. Im
4164 Bildungsausschuss soll halbjährlich über den regionalspezifischen
4165 Umsetzungsfortschritt von Investitionen im Bereich Digitalisierung berichtet
4166 werden. Dabei sollen der durch die Kommunen zu leistende Support sowie die
4167 Erfahrungen mit BYOD- („bring your own device“, also Nutzung von eigenen
4168 Geräten) Endgeräten Berücksichtigung finden. Bei Beschaffungen soll, wo immer es
4169 möglich ist, auf modularisierte Geräte, die länger haltbar sind, zurückgegriffen
4170 werden.

4171 Die Medienbildung wollen wir verpflichtend in Studium und Referendariat der
4172 Lehrkräfte verankern. Dies gilt sowohl für die Einbeziehung der Fachdidaktiken,
4173 der Fachseminare sowie der allgemeinen Bildungswissenschaften. Medienbildung
4174 muss in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften als ein verbindlicher und
4175 kontinuierlicher Prozess angesehen werden. Dafür müssen dauerhaft ausreichende
4176 finanzielle und zeitliche Kapazitäten zur Verfügung stehen. Weiterhin wollen wir
4177 den Ausbau der Medienscout-Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, die dann
4178 ihre Mitschüler*innen bei der qualifizierten Mediennutzung unterstützen,
4179 fördern.

4180 Europa ins Klassenzimmer bringen

4181 Wir wollen gemeinsam mit den Trägern politischer Bildung die Bildungsarbeit in
4182 Sachsen-Anhalt europäisieren. Europapolitische Bildungsprogramme sollen
4183 verbindlicher Teil der Lehrpläne aller Schultypen sowie von Lehrveranstaltungen
4184 an Volkshochschulen und Hochschulen werden. Um unsere Schüler*innen fit für die
4185 Zukunft zu machen, müssen Europakompetenzen im Unterricht stärker vermittelt
4186 werden. Dazu gehört der sequenzielle bilinguale Unterricht. Den
4187 „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer
4188 Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie das Weltaktionsprogramm für

4189 nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) wollen wir in Schulen und
4190 Bildungseinrichtungen umsetzen.

4191 Wir ermutigen Schulen dazu, Europaschulen zu werden. Außerdem wollen wir EU-
4192 Jugend- und Austauschprogramme weiter ausbauen. Jede*r Schüler*in muss
4193 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Möglichkeit haben, in seiner*ihrer
4194 Schullaufbahn Europa im Rahmen eines Kultur- oder Bildungsprojekts außerhalb von
4195 Deutschland zu erleben.

4196 Dem Lehrkräftemangel entgegentreten

4197 Der Mangel an Lehrer*innen ist unübersehbar. Der Unterrichtsausfall an allen
4198 Schulformen nimmt dramatisch zu. Die Beseitigung des Mangels erfordert
4199 erhebliche Anstrengungen. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten massiv
4200 erweitern, um den Beruf attraktiver gestalten zu können. Wir haben in der
4201 Landesregierung zuletzt Einiges in die Wege geleitet, aber wir müssen unsere
4202 Anstrengungen noch erhöhen. Kürzung der Stundentafeln lehnen wir ab. Die Zahl
4203 der Lehramtsstudienplätze im Land soll unter Berücksichtigung der Bedarfe je
4204 nach Fächern und Schulformen weiter erhöht werden. Dies gilt insbesondere für
4205 Studiengänge mit einem Masterabschluss, die sowohl in das Lehramt als auch in
4206 andere Berufsfelder führen. Sie sind ein brauchbares Instrument, um auf
4207 Änderungen des Bedarfs nachhaltig zu reagieren. Die Ausbildungskapazitäten in
4208 den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch in allen Schulformen stehen
4209 dabei im Mittelpunkt.

4210 Es sollen mehr Pädagog*innen mit einem Förderschwerpunkt als zweitem Fach
4211 ausgebildet und Lehrer*innen sowie pädagogische Fachkräfte der Schulen
4212 entsprechend fort- oder weitergebildet werden. Es soll auch mehr
4213 Schulpsycholog*innen geben, um die multiprofessionellen Teams an Schulen zu
4214 unterstützen und den vielfältigen Herausforderungen des Schulalltags
4215 professioneller begegnen zu können. Wir fordern eine Stärkung der allgemein-
4216 pädagogischen und fachdidaktischen Inhalte der Lehramtsausbildung, um künftige
4217 Lehrerinnen und Lehrer besser auf die praktische Vermittlung von Wissen und
4218 dabei auftretende Herausforderungen vorzubereiten.

4219 Ein wichtiges und notwendiges Mittel gegen den Mangel an Lehrer*innen sind
4220 Seiten- und Quereinsteiger*innen. Dies sind Lehrkräfte, die kein Lehramt
4221 studiert haben, aber einen für das Lehramt fachlich geeigneten Studienabschluss
4222 nachweisen können. Quereinsteiger*innen sollen nach einer Vorbereitung in das
4223 Referendariat aufgenommen werden. Seiteneinsteiger*innen sollen nach einem
4224 kurzen Vorbereitungskurs früher an die Schulen kommen. Sie benötigen eine
4225 pädagogische und fachdidaktische Weiterqualifikation und ein eventuell zweites
4226 Unterrichtsfach. Für Seiteneinsteiger*innen muss eine berufsbegleitende
4227 universitäre Weiterqualifizierungsmöglichkeit in Kooperation mit den
4228 landeseigenen Universitäten verbindlich geregelt und zügig umgesetzt werden.
4229 Seiteneinsteiger*innen sollen über eine berufsbegleitende universitäre
4230 Weiterqualifizierung die fachliche, pädagogische und formale Gleichstellung mit
4231 den grundständig ausgebildeten Lehrkräften erreichen können. Durch ein Senior-
4232 Lehrkräfte-Programm wollen wir sie im Schulalltag besser unterstützen. Senior-
4233 Lehrkräfte sollen auch für die Begleitung der verpflichtenden Schulpraktika von
4234 Lehramtsstudierenden gewonnen werden. Die Beratung sowie die
4235 Genehmigungsverfahren zum Seiteneinstieg müssen stetig verbessert und

4236 beschleunigt werden. Besonders das Verfahren für freie Schulträger, muss
4237 vereinfacht werden und gebührenfrei sein. Hier soll die jeweilige
4238 Schulleitung/Geschäftsführung diese Entscheidung in eigener Kompetenz treffen
4239 können, wobei dem Landesschulamt dann die stichprobenhafte Überprüfung zur
4240 Eignung der eingesetzten Lehrkräfte obliegt. Für den wechselseitigen Austausch
4241 und um voneinander zu lernen, soll es Veranstaltungsformate geben, in denen
4242 anfängliche Schwierigkeiten und Lösungsstrategien im neuen Beruf thematisiert
4243 und zur Weiterentwicklung im beruflichen Selbstverständnis genutzt werden
4244 können. Diese Erfahrungen sollt insbesondere zur Weiterentwicklung von Schule
4245 durch das Landesinstitut für Schulentwicklung organisiert und begleitet werden.
4246 Wir wollen, dass Seiten- und Quereinsteiger*innen mit einem Masterabschluss in
4247 die Stufe E13 der Entgelttabelle als Einstiegsgehalt eingruppiert werden.
4248 Lehrer*innen mit ausländischen Abschlüssen wollen wir den Weg ins Lehramt in
4249 Sachsen-Anhalt erleichtern.

4250 Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Wir wollen
4251 deshalb die Einführung von Arbeitszeitkonten auf den Weg bringen. Alle
4252 geleisteten Überstunden an Schulen sollen mit mindestens dem regulären
4253 Stundensatz einer Unterrichtsstunde bezahlt werden. Dabei sollen Lehrkräfte frei
4254 entscheiden können, ob sie Mehrarbeit vergütet bekommen oder ob sie diese
4255 langfristig in Freizeit umwandeln wollen. Angeordnete Mehrarbeit soll bei
4256 maximal zwei Unterrichtsstunden gedeckelt werden. Wir wollen die geltenden
4257 Regelungen zu Abminderungsstunden in der Qualifikationsphase beibehalten.

4258 Ein Konzept zur Rücknahme der Maßnahmen zur angeblichen Effizienzsteigerung,
4259 insbesondere in der flexiblen Schuleingangsphase an den Grundschulen, muss
4260 entwickelt und vorgelegt werden, um langfristig einen guten Personalschlüssel
4261 sicherzustellen. Lehrkräfte sollen an allen Schulformen das Gleiche verdienen.
4262 Deshalb sollen auch Grundschullehrkräfte nach Entgelttabelle E13/A13 bezahlt
4263 werden. Wir schlagen dafür einen mehrstufigen Plan vor, um die Gehälter
4264 sukzessive anzugleichen. Wir wollen ein Modellprojekt ins Leben rufen, das es
4265 befristet möglich macht, die nicht besetzten Stellen in ein Budget umzuwandeln,
4266 das den Schulen zur Verfügung gestellt wird. Damit können individuelle Lösungen
4267 vor Ort für die Entlastung von Lehrkräften oder ergänzende Angebote zum
4268 Unterricht realisiert werden.

4269 Jede staatlich und jede freie Schule soll so die Möglichkeit bekommen,
4270 besonderes Engagement von Lehrkräften zu würdigen. Für die gezielte
4271 Wertschätzung von Lehrkräften soll ein Budget im Landeshaushalt eingerichtet
4272 werden. Würde man zwei Euro pro Schüler*in in Sachsen-Anhalt veranschlagen, käme
4273 man auf knapp 400.000 Euro.

4274 Berufliche Ausbildung für alle

4275 Eine gute Zukunftschance für alle Jugendlichen ist ein Gebot der Gerechtigkeit
4276 und unserer Solidarität. Sachsen-Anhalt leidet unter einem Fachkräftemangel,
4277 verstärkt durch demografischen Wandel. Wichtig ist daher, allen jungen Menschen
4278 berufliche Orientierung und Zugang zu vielfältigen praktischen Erfahrungen in
4279 der Berufswelt zu ermöglichen. Um die verbindliche Berufsorientierung zu
4280 verbessern, soll die Berufsorientierung durch vielfältige Zugänge wie Praktika
4281 oder Berufsorientierungstage in allen Schulformen ab der fünften Klassenstufe
4282 angeboten werden - in Gymnasien gleichberechtigt neben der Studienorientierung.

4283 Zudem gilt es die MINT-Fächer im Fächerkanon zu stärken, insbesondere mehr
4284 Schülerinnen für technische Berufe zu begeistern.

4285 Für uns ist eine berufliche Ausbildung genauso wertvoll wie ein Studium. Wir
4286 wollen daran mitwirken, den Ruf der Ausbildung aufzuwerten und den europäischen
4287 Qualifikationsrahmen mit Leben zu füllen. Dies soll sich auch in der Vergütung
4288 von allen Ausbildungen zeigen, indem sie unentgeltlich sind und besser entlohnt
4289 werden. Besonderes Augenmerk soll hier auf Ausbildungsberufe wie Pflegekräfte,
4290 medizinisches Personal, Erzieher*innen gelegt werden. Verantwortungsvolle Berufe
4291 müssen auch entsprechend finanziell gewürdigt werden und für junge Menschen
4292 attraktiv sein zu erlernen.

4293 Besondere Herausforderungen sind der Mangel an Lehrkräften an berufsbildenden
4294 Schulen sowie die viel zu hohe Zahl an Jugendlichen, die die Schule ohne
4295 Abschluss beenden. Im Jahr 2018 waren dies laut einer Caritas-Studie in Sachsen-
4296 Anhalt 11,4 Prozent aller Schüler*innen. Besonders betroffen sind Schüler*innen,
4297 die ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Schule kommen und oft auf Grund von
4298 Sprachbarrieren den Hauptschulabschluss nicht schaffen. Eine zweite Chance gibt
4299 es im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Hier werden an etwa 20 Standorten in
4300 Sachsen-Anhalt berufsvorbereitende Kompetenzen und Allgemeinbildung vermittelt.
4301 Durch die Teilnahme an einem Kolloquium am Ende des BVJ kann dann ein
4302 Schulabschluss nachgeholt werden. Den durch die sehr heterogene
4303 Schüler*innenschaft bedingten Herausforderungen müssen wir gezielt mit einer
4304 umfassenden Willkommens- und Ankommenskultur begegnen. Dafür wollen wir
4305 ausländische Abschlüsse schneller und kostengünstiger anerkennen und prüfen, wie
4306 der Zugang zu Ausbildungen noch weiter erleichtert werden kann.
4307 Beratungsstrukturen für migrantische Arbeitskräfte, wie beispielsweise das EU-
4308 geförderte Landesprojekt BemA müssen fortgeführt werden.

4309 Es darf niemand abgehängt oder aufgegeben werden. Wenn Unterstützung hilft, dann
4310 wollen wir sie ermöglichen. Wir setzen uns deshalb auch für die Beibehaltung der
4311 Einstiegsqualifizierung (Plus) und der assistierten Ausbildung der Agenturen für
4312 Arbeit ein. Die Notwendigkeit eines Landesprogrammes zur
4313 Ausbildungsplatzgarantie soll geprüft und wenn nötig umgesetzt werden, denn
4314 Ausbildung ist ein Recht für alle, unabhängig von demografischen und
4315 wirtschaftlichen Entwicklungen.

4316 Kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen benötigen Unterstützung bei der
4317 Ausbildung. In der Corona-Pandemie war es nicht allen Unternehmen möglich, ihre
4318 Auszubildendenplätze zu erhalten. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir Wege
4319 suchen, ihre Ausbildungsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, um dadurch
4320 jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Gemeinsame Kooperation in
4321 Verbundausbildungen, bei der die Ausbildungsinhalte zusammen mit den Kammern in
4322 Modulen organisiert werden, ist ein vielversprechender Ansatz. Wir wollen allen
4323 jungen Menschen durch individuelle sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung und
4324 Coaches zu einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung verhelfen. Die
4325 Unterstützungsangebote müssen unbürokratisch und für Jugendliche erreichbar
4326 sein.

4327 Wir wollen Auszubildendenwohnheime analog zu Studierendenwohnheime an Standorten
4328 schulischer beruflicher Bildung stützen, um noch mehr Auszubildenden die
4329 wohnortnahe Ausbildung zu ermöglichen. Die Möglichkeit, mittels des
4330 Erasmusprogramms die Ausbildung teilweise in einem anderen EU-Staat zu

4331 absolvieren, wollen wir bekannter machen. Im Bereich der fachschulischen
4332 Ausbildung wollen wir eine generelle Schulgeldfreiheit realisieren. Im Bereich
4333 der Gesundheitsberufe ist dies seit langem überfällig und schnellstmöglich
4334 umzusetzen.

4335 Die Humboldt'sche Universität im 21. Jahrhundert etablieren

4336 Das fruchtbare Zusammenspiel von Forschung und Lehre, die Freiheit der
4337 Wissenschaft von politischen Zwängen und Hochschulen als Orte des
4338 gleichberechtigten, kritischen Diskurses unter Studierenden und Lehrenden sind
4339 die Richtschnur unserer Hochschulpolitik. Im 21. Jahrhundert gehören hierzu auch
4340 das Streben nach guten Arbeitsbedingungen, verlässlichen Karrierewegen,
4341 Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und die fortschreitende
4342 Internationalisierung von Studiengängen.

4343 Hochschulbildung muss neu gedacht werden, und zwar unter gleichberechtigter
4344 Beteiligung von Studierenden, Professor*innen, wissenschaftlichem Mittelbau und
4345 allen anderen Mitarbeiter*innen. Das Mandat dieser vier beteiligten
4346 Statusgruppen ist gegenüber den Hochschulleitungen und dem Land zu stärken. Ein
4347 ausgewogenes Modell zur Viertelparität der Statusgruppen in der akademischen
4348 Selbstverwaltung war im Entwurf des neuen Hochschulgesetzes schon weit
4349 entwickelt, konnte aber letztlich nicht durchgesetzt werden. Wir halten an der
4350 Forderung weiter fest. Auch soll die Universitätsleitung durch ein von
4351 Studierenden besetztes Prorektorat ergänzt werden. Weiterhin muss der kompetente
4352 Umgang mit Genderfragen und Diversität, insbesondere bei Führungskräften,
4353 stärker im Hochschulalltag praktiziert werden.

4354 Drittmittel für Universitäten sind keine grundsätzlich abzulehnende
4355 Finanzierungsquelle. Aber die Wissenschaft nimmt derzeit massiven Schaden durch
4356 eine zu große Abhängigkeit von Drittmittelprojekten. Diese sind in erheblichem
4357 Umfang politisch oder anderweitig fremd gesteuert. Sie verursachen vor allem
4358 einen erheblichen Zeitaufwand für Antragsteller*innen und
4359 Projektbearbeiter*innen, der für deren wissenschaftliche Arbeit verloren geht.
4360 Neben einer verbesserten Grundfinanzierung wollen wir in Sachsen-Anhalt ein
4361 Modell zur befristeten Mittelzuweisung entwickeln. Bei diesem werden Gelder
4362 jeweils aufgrund der bereits erbrachten und nicht der geplanten
4363 wissenschaftlichen Leistungen bewilligt, da innovative Forschung nicht immer
4364 planbar ist. Die Mittel sollen nicht an die Verwendung in einer bestimmten
4365 Einrichtung gebunden sein. Den Wissenschaftler*innen wird die Möglichkeit
4366 gegeben, sich selbstständig zu Forschungsgruppen oder Instituten zusammen zu
4367 tun, um an gemeinsamen Projekten zu arbeiten.

4368 Wenn die Anzahl von Publikationen und anderer einfacher Zahlenindikatoren bei
4369 wichtigen Entscheidungen unreflektiert verwendet wird, schadet es der
4370 Wissenschaft. Wir wollen stattdessen alle Maßnahmen unterstützen, die die
4371 Qualität von wissenschaftlichen Leistungen bei Beurteilungen und Entscheidungen
4372 in den Mittelpunkt stellen.

4373 In Lehre und Forschung investieren

4374 Leistungsfähige und international ausgerichtete Hochschulen sind zentrale
4375 Pfeiler der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt, in die wir investieren wollen.

4376 Die Hochschulen sind hierzulande immer noch unterfinanziert, auch wenn wir die
4377 Kürzungspolitik der Vergangenheit beendet haben. Um die Freiheit von Lehre und
4378 Forschung zu gewährleisten, ist eine angemessene Grundfinanzierung der
4379 Hochschulen zu sichern. Insgesamt ist eine solide Grundausstattung der
4380 Hochschulen des Landes eine wichtige Voraussetzung für deren nationale und
4381 internationale Konkurrenzfähigkeit. Die Stellenpläne der Universitäten sollen
4382 abgeschafft werden.

4383 Studiengebühren lehnen wir ab. Die Langzeitstudiengebühren wurden abgeschafft,
4384 jetzt müssen auch die Zweitstudiengebühren bei beruflicher Umorientierung
4385 entfallen. Die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium für alle, zum Beispiel für
4386 Studierende mit Kindern oder mit teilweiser Berufstätigkeit, wollen wir weiter
4387 ausbauen.

4388 Die Hochschulen müssen den Weg zu einem erfolgreichen Hochschulstudium eröffnen.
4389 Dafür braucht es flexible Angebote zur Qualifizierung aller Menschen. Dies gilt
4390 auch für Menschen ohne Abitur, für Menschen mit Behinderungen sowie für Menschen
4391 mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und aus unterschiedlichen
4392 Herkunftsländern gleichermaßen.

4393 Die prekären Beschäftigungsverhältnisse an unseren Hochschulen wollen wir
4394 beenden. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht international konkurrenzfähige
4395 Karrierepfade, zum Beispiel mit mehr Tenure-Track-Professuren und mehr
4396 unbefristeten Stellen. Grundlagen hierzu wurden in der laufenden Wahlperiode
4397 gelegt. Wir wollen das Konzept weiter ausbauen. In den forschungstarken
4398 Bereichen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen Stellen für die
4399 wissenschaftliche Weiterqualifikation und für unbefristeten Mittelbau geschaffen
4400 werden.

4401 Wir wollen das Hochschulmedizingesetz endlich modernisieren. Es braucht unter
4402 anderem eine rechtliche Klarstellung, um die wirtschaftliche Betätigung der
4403 Universitätsklinika zu ermöglichen und die Verankerung von Gleichstellung wie im
4404 Hochschulgesetz.

4405 Wegen der langen Ausbildungszeiten fordern wir, dass für Psychotherapeut*innen
4406 die Ausbildung nach altem Recht noch bis zum Jahr 2032 angeboten wird. Genauso
4407 setzen wir uns dafür ein, dass das Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe die
4408 Prüfungen nach altem Recht großzügig bis zum Jahr 2035 gewährt. Für den neuen
4409 Direktstudiengang Psychotherapie in Magdeburg sollen die sich ergänzenden
4410 Kapazitäten an beiden Hochschulen kooperativ genutzt werden.

4411 Wir wollen mehr Berufungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung fördern und
4412 künftig in den Zielvereinbarungen verankern. Dies gilt zum Beispiel für
4413 Forschung zu Bio-Landwirtschaft, Radverkehr sowie Queer Studies und
4414 Genderstudies.

4415 Gute Lehre fördern

4416 Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium und dafür die derzeit gängige Praxis
4417 der Massenabfertigung überwinden. Auch die Verschulung und Bürokratisierung in
4418 den Bachelor- und Masterstudiengängen, die durch den Bologna-Prozess entstanden
4419 ist, sollen Vergangenheit werden. Zu einem umfassenden Bildungsverständnis
4420 gehört Zeit für gesellschaftliches Engagement, die in den Studienordnungen
4421 Eingang finden muss. Darum wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

4422 Zeit für ehrenamtliches Engagement in den BAföG-Richtlinien ermöglicht wird. Die
4423 Hochschulen müssen außerdem in ausreichender Zahl Studienplätze für das
4424 Masterstudium zur Verfügung stellen und Studiengänge für die Lehrämter und
4425 Erzieher*innen modernisieren.

4426 Der Beruf der Lehrer*innen wird anspruchsvoller und vielfältiger. Der Umgang mit
4427 zunehmend heterogenen und inklusiven Lerngruppen stellt eine Herausforderung an
4428 die Ausstattung der Schulen, aber auch an die Ausbildung der Lehrer*innen dar.
4429 Notwendig ist, die pädagogischen, didaktischen und psychologischen Anteile im
4430 Studium und im Referendariat zu erhöhen. Diese sollen gleichgewichtig neben der
4431 fachlichen Ausbildung stehen. Auch fächerübergreifender Unterricht muss ein
4432 stärkeres Gewicht bekommen. Kompetenzentwicklung zu gelebter Demokratie,
4433 verstärktem Umweltbewusstsein, gelingender Inklusion, interkulturellem
4434 Miteinander und Deutsch als Zweitsprache skizzieren die Eckpunkte einer
4435 zukunftsorientierten Ausbildung in Studium und Referendariat sowie der Fort- und
4436 Weiterbildung von Lehrkräften. Besonders wichtig ist die Schulung des
4437 produktiven Umgangs mit heterogenen Lerngruppen und kultureller Diversität. Dies
4438 gilt insbesondere hinsichtlich berufsbildender Schulen, die das
4439 Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) zum Nachholen eines anerkannten Schulabschlusses
4440 anbieten.

4441 Die Lehramtsstudiengänge müssen sich zukünftig am Alter der Schüler*innen, somit
4442 an den entwicklungspsychologischen und didaktischen Unterschieden, und nicht
4443 mehr an den Schulformen orientieren. Daraus resultiert das Studium des Lehramts
4444 an Grundschulen sowie der Sekundarstufen I und II. Die Lehramtsstudiengänge
4445 sollen mit einer gemeinsamen Studieneingangsphase beginnen. Für alle
4446 Beschäftigten muss es zertifizierte Fortbildungen geben, die es ihnen erlauben,
4447 sich den wandelnden Anforderungen kompetent zu stellen. Europakompetenzen müssen
4448 ins Lehramtsstudium geeigneter Fächer integriert werden. Sie sollen auch in
4449 Weiterbildungsangeboten verstärkt angeboten werden. Die Erweiterung der
4450 Lehrkräfteausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen um das Fach
4451 Englisch wollen wir unterstützen.

4452 Um gerade Jungen in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit
4453 männlichen Vorbildern zu ermöglichen, unterstützen wir alle Maßnahmen, die das
4454 Ziel haben, den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrberuf deutlich
4455 anzuheben.

4456 Nachhaltig forschen

4457 Wissenschaft und Forschung zu Nachhaltigkeit wollen wir in Sachsen-Anhalt als
4458 eine zentrale Leitidee zukünftiger Hochschulentwicklung fest verankern. Hierzu
4459 benötigen wir konkurrenzfähige Förderprogramme und thematische Schwerpunkte
4460 unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen und ökologischen Lebensweise.
4461 Sachsen-Anhalt soll seine Spitzenposition bei den Erneuerbaren Energien
4462 behalten. Hierbei messen wir der Forschung zu Speichertechniken und
4463 intelligenten Stromnetzen eine besondere Bedeutung zu. Das wird sich langfristig
4464 für unser Land rechnen. Gleichzeitig sollen die Hochschulen selbst die netto
4465 CO₂-Neutralität bis 2030 erreichen. Dafür sollen sie 100 Prozent Erneuerbare
4466 Energien für die Stromversorgung nutzen, bessere Gebäudedämmung und ein
4467 Umweltmanagementsystem (EMAS) einsetzen.

4468 Dem Tierschutz in der Forschung messen wir große Bedeutung zu. Die
4469 Gewissensfreiheit der Studierenden muss gewahrt bleiben. Niemand sollte gegen
4470 sein Gewissen gezwungen werden, Tiere zu sezieren. Darum wollen wir, die Pflicht
4471 zum Sezieren von Tieren in der gesamten Ausbildung dort abschaffen, wo es nicht
4472 unbedingt notwendig ist.

4473 Das öffentliche Erkenntnisinteresse muss erheblich sein, um den Einsatz von
4474 Labortieren in Ausnahmefällen zu rechtfertigen. Diese Versuchstiere müssen
4475 nachweisbar artgerecht gehalten werden. Die Entwicklung von Alternativverfahren
4476 müssen stärker gefördert sowie Ersatzmethoden schneller anerkannt werden.
4477 Deshalb setzen wir uns für eine, bestenfalls bundesweite, Datenbank für alle
4478 bisher bekannten Alternativ- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen ein.

4479 Gute Wissenschaft benötigt die Unabhängigkeit der Forschung an den Hochschulen,
4480 deshalb wollen wir, dass Kooperationen mit Unternehmen transparent gestaltet
4481 werden müssen.

4482 Nachhaltigkeit auch in Betrieb, Lehre und Governance

4483 Die Einführung von Nachhaltigkeitsbüros und Green-Offices hat sich auch in
4484 Sachsen-Anhalt bewährt. An allen Hochschulen und an einigen Forschungsinstituten
4485 gibt es Bestrebungen für mehr Nachhaltigkeit, gefördert/gefordert durch
4486 Studierende, Mitarbeitende, Lehrende und teilweise durch die Hochschulleitungen.
4487 Diese Bestrebungen sollen gebündelt und weiter personell und strukturell
4488 unterstützt werden. Deshalb müssen an allen Hochschulen
4489 Nachhaltigkeitsbeauftragte benannt und möglichst überall Nachhaltigkeitsbüros
4490 mit personeller Struktur geschaffen werden. Im Ministerium für Wissenschaft,
4491 Wirtschaft und Digitalisierung soll hierfür eine Koordinierungs- und
4492 Beratungsstelle geschaffen werden. Sie soll die Hochschulen und
4493 Forschungsinstitute sowie ihre Mitglieder und Leitungen zur Implementierung von
4494 nachhaltiger Entwicklung in Betrieb, Governance, Lehre und Forschung beraten.
4495 Diese Koordinierungs- und Beratungsstelle soll fester Bestandteil des
4496 landesweiten Netzwerks für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) sein.

4497 MINT-Bildung stärken

4498 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) sind entscheidende
4499 Fächer und Kompetenzen für zukünftige Arbeitsmärkte. Schulen und Hochschulen mit
4500 mehr MINT-Absolvent*innen sind ein entscheidender Standortvorteil für Sachsen-
4501 Anhalt. Die schulische Didaktik hängt hier jedoch weit den Anforderungen der
4502 Wissenschaft und Wirtschaft hinterher. Deswegen wollen wir im Rahmen des
4503 Strukturwandels im ehemaligen Kohlerevier ein neu zu gründendes angewandtes
4504 MINT-Schuldidaktik-Institut, in Anlehnung an außeruniversitäre
4505 Forschungsinstitute, etablieren. An diesem sollen Lehrer*innen, Erzieher*innen
4506 und Wissenschaftler*innen neue Formen der Vermittlung von MINT-Wissen in
4507 Kooperation mit Unternehmen erforschen, an Schulen einsetzen und anschließend
4508 evaluieren. Mithilfe erfolgreicher Vermittlungsformen kann so eine
4509 Breitenqualifikation von Lehrkräften erfolgen.

4510 Weiterhin sollen Studierende sowohl in Vorkursen als auch während des Studiums
4511 im MINT-Bereich stärker praktisch aktiv werden können. Hierzu können Maker-Labs
4512 und Kurse in nützlichen Grundfertigkeiten wie Schweißen, Löten, Reparieren oder

4513 Programmieren zum Einsatz kommen. Diese können durch Repair-Cafés, Netz-Cafés
4514 und freie Werkstätten auf dem Campus ergänzt werden. Derartige Einrichtungen und
4515 studentische Eigeninitiative wollen wir auf Landesebene fördern und von den
4516 Hochschulen in den Zielvereinbarungen einfordern. Darüber hinaus sollten die
4517 Studierenden während ihres Studiums mehr Möglichkeiten haben, zum Betrieb der
4518 Hochschule mit eigenen Projekten und Abschlussarbeiten beizutragen. So kann
4519 beispielsweise eine campuseigene Photovoltaikanlage geplant, die Mensa
4520 energetisch optimiert oder eine Campus-App programmiert werden. Dadurch wird der
4521 Campus selbst zum Experimentierfeld.

4522 Mehr Frauenpower für die Wissenschaft

4523 Die Gesamtzahl der weiblichen und männlichen Studierenden ist durchschnittlich
4524 ausgeglichen. Auch bis zur Promotion liegt diese Verteilung nahezu bei jeweils
4525 50 Prozent. Auf den folgenden Karrierestufen und in Führungspositionen nimmt der
4526 Anteil der Frauen jedoch weiterhin deutlich ab. Auch sind Frauen in den Fächern
4527 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) stark
4528 unterrepräsentiert. Die fest etablierte Koordinierungsstelle Genderforschung und
4529 Chancengleichheit Sachsen-Anhalt (KGC) unterstützt aktiv die
4530 Gleichstellungsarbeit der Hochschulen. Sie arbeitet mit Programmen zur
4531 Unterstützung von Karrierewegen in der Wissenschaft und zur Förderung von Frauen
4532 in den MINT-Fächern, unter anderem bei der Studienwerbung. Diese Programme sind
4533 teilweise vom Bund nur zeitweise bewilligt. Daher sollen sie evaluiert und
4534 gegebenenfalls aus Landesmitteln weitergeführt werden. Das Studium und die
4535 Wissenschaft als Beruf müssen familienfreundlicher gestaltet werden.

4536 Im neuen Hochschulgesetz werden die Hochschulen verpflichtet, bei Berufungen in
4537 der Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen Schutzfristen nach dem
4538 Mutterschutzgesetz, Kindererziehungszeiten sowie Zeiten der Pflege von
4539 Angehörigen zu berücksichtigen. Die konsequente Umsetzung aller Fördermaßnahmen
4540 und Bestimmungen muss durch konsequentes Gender-Controlling und Monitoring mit
4541 Sanktionsmöglichkeiten überwacht werden.

4542 Nach der Promotion soll der Frauenanteil jeder wissenschaftlichen Karrierestufe
4543 mindestens so hoch sein, wie derjenige der direkt darunterliegenden
4544 Qualifizierungsstufe, bis die Professuren geschlechtergerecht verteilt sind.
4545 Deshalb wollen wir, dass Stellenbesetzungen nur noch gemäß diesem Kaskadenmodell
4546 erfolgen. Zur Sicherung der Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien der
4547 Hochschule sind Frauen bei der Besetzung von Gremien und Organen der
4548 Selbstverwaltung angemessen zu berücksichtigen. Bei der Aufstellung von Listen
4549 und Kandidaturen für Wahlorgane und Wahlgremien sind unterrepräsentierte
4550 Geschlechter zumindest ihrer Anteile an der jeweiligen Mitgliedergruppe
4551 entsprechend durch eine Quotenregelung zu berücksichtigen.

4552 Willkommenskultur für Studierende und Wissenschaftsnachwuchs

4553 Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt müssen noch deutlich attraktiver für
4554 internationale Nachwuchswissenschaftler*innen werden. Dafür muss die
4555 Willkommenskultur an Hochschulen, sowohl für Studierende als auch für
4556 Wissenschaftler*innen und deren Familien ausgebaut werden. Internationale
4557 Wissenschaftler*innen schaffen zum Beispiel durch Drittmittelwerbung
4558 hochqualifizierte Arbeitsplätze und liefern neue Impulse für

4559 Technologiefirmengründungen. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe müssen
4560 Nachteile, wie beispielsweise Anreisekosten zu Vorstellungsgesprächen,
4561 ausgeglichen sowie Diskriminierung fördernde Strukturen und bürokratische Hürden
4562 abgebaut werden.

4563 Dabei gibt es einige Beispiele für effektive Methoden, um exzellente
4564 Nachwuchsforscher*innen zu gewinnen. Das Land fördert die Nachwuchsprojekte des
4565 European Research Council. Kostengünstige digitale Möglichkeiten bei der
4566 Rekrutierung, zum Beispiel durch Postdoc-Netzwerke, sollten genutzt werden.
4567 Berufungssymposien, wie in England praktiziert, sollten eingeführt werden. Die
4568 Evaluierung von Leistungen bei Tenure-Track-Verfahren und darüber hinaus darf
4569 sich nicht auf wenige und teilweise ungeeignete Parameter beschränken. Sie muss
4570 Lehrleistungen, sowie Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Aktivitäten angemessen
4571 berücksichtigen. Sachsen-Anhalt ruft bisher jährlich große Summen von EU-
4572 Fördergeldern im Bereich Forschung nicht ab. Das wollen wir gezielt verbessern.
4573 Mit dauerhafter personeller und finanzieller Unterstützung soll der Abruf
4574 verstetigt werden. Die soziale Infrastruktur sollte weiterhin in einem Welcome-
4575 Center gebündelt werden, welches auch Anliegen wie Wohnungsfragen, Sprachkurse
4576 und den Familiennachzug vereinfacht.

4577 Lebenslanges Lernen

4578 Lernen endet nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung oder des Studiums. Wir
4579 treten für lebenslanges Lernen ein. Das Bildungsfreistellungsgesetz muss
4580 modernisiert und durch eine Kampagne bekannter gemacht werden. Bildungsurlaub
4581 soll nicht nur für berufliche Weiterbildung, sondern zum Beispiel auch für
4582 Fremdsprachen, politische Bildung, Natur- und Umweltschutz sowie den Erwerb von
4583 Medienkompetenz gewährt werden.

4584 Die Angebote zu Weiterqualifikationen und Fortbildungen an den Hochschulen
4585 müssen ausgebaut und stärker in den Lehrdeputaten als Dienstaufgaben in der
4586 Lehre berücksichtigt werden, was mehr Personalmittel erforderlich macht. Zudem
4587 soll es für Lehrkräfte verpflichtende Fortbildungen, sowie
4588 Weiterqualifizierungen und Beratungen insbesondere in den Bereichen
4589 Förderpädagogik, Medienbildung und Demokratiepädagogik geben. Dabei sind
4590 verschiedene Unterrichtsformate, schulinterne Kooperationsformen für heterogene
4591 Lerngruppen, die Entwicklung von fächerübergreifenden Aufgaben für
4592 unterschiedliche Lernniveaus sowie gezielte Unterstützung im Umgang mit
4593 interkulturellen Differenzen zu berücksichtigen.

4594 Zu guten Bedingungen für lebenslanges Lernen gehören Programme von
4595 Volkshochschulen und Senior*innenakademien ebenso wie bezahlbare und erreichbare
4596 Kursangebote, auch in den ländlichen Räumen. Abendschulen sowie verstärkte
4597 Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung unterstützen wir nachdrücklich.

4598 Informationen allen zugänglich machen

4599 Zum freien Zugang zu Informationen gehören auch verlässliche Informationsträger.
4600 Daher setzen wir uns für ein Verbot von Werbung, Sponsoring und anderen
4601 Versuchen der Einflussnahme (beispielsweise kostenlose „Unterrichtsmaterialien“
4602 mit einseitiger Ausrichtung an bestimmte Interessen), an Kindertagesstätten und
4603 Schulen in unserem Bundesland ein. Mit staatlichen Geldern erforschten Wissen

4604 gehört der Allgemeinheit und muss frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher
4605 nachdrücklich „Open Access“-Initiativen und Netzneutralität.

4606 Das Bund-Länder-Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen

4607 Das Grundgesetz wurde im Rahmen der Föderalismusreform unsinnigerweise so
4608 geändert, dass der Bund sich in der Bildungspolitik schwerer engagieren kann.
4609 Der Bund muss angesichts knapper Kassen in den Ländern und Kommunen mehr
4610 Verantwortung für die Bildungsfinanzierung übernehmen. Über den Bundesrat wollen
4611 wir uns dafür einsetzen, diesen Passus im Grundgesetz wieder ganz zu streichen.
4612 Wir sind für stärkere Kooperation in der Bildung, um ein ausgeglichenes
4613 Bildungsangebot sicherzustellen. Damit wollen wir zum Beispiel Probleme beim
4614 Umzug von Schulkindern über Landesgrenzen abbauen. Wir sind für ein bundesweit
4615 vergleichbares Abitur. Die kleinen Fächer, die nur an wenigen Hochschulen
4616 angeboten werden, die „Orchideenfächer“, müssen besser koordiniert und vom Bund
4617 gefördert werden, weil sie einen überregionalen Bedarf abdecken.